

Pressemitteilung

Wiesbaden, den 05. Februar 2007
fo

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0 oder -17
Handy: 0172/ 61 55 99 7
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Frankfurter Hoffnungszeichen

Landesausländerbeirat unterstützt Oberbürgermeisterin Petra Roth bei Forderung nach dem Kommunalwahlrecht für alle Ausländer / agah verlangt Initiative aller hessischen Stadtoberhäupter / „Wir sind die Demokratie!“

Der Landesausländerbeirat unterstützt die politische Forderung von Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth nach einem Wahlrecht für alle Ausländer. „Endlich setzt sich in der Kommunalpolitik Vernunft durch!“, so dessen Vorsitzender Yilmaz Memisoglu. „Dieses Hoffnungszeichen aus der Mainmetropole“ müsse von Land und Bund ernst genommen werden. Die Idee, präzisierte Memisoglu, das Wahlrecht auch auf nicht EU-Ausländer auszuweiten und an eine Mindestaufenthaltszeit in der Kommune oder Gemeinde zu koppeln, sei ein gutes und diskussionswürdiges Konzept.

Demokratie und ihre Stabilität bewiese sich am Umgang mit Minderheiten in Deutschland. Memisoglu: „Je mehr man allen Bürgern das Gefühl von Zugehörigkeit gibt, je einfacher lassen sich sicher auch drängende Integrations- und Migrationsprobleme lösen.“ Symptome falscher Integrationspolitik zu kurieren reiche nicht mehr aus. „Es wird Zeit, dass wir mehr Identität und Respekt aller für die Verfassung dieses Landes schaffen: wir alle sind die Demokratie! Deutsche und Migranten!“. Diese Einsicht, die den regierenden Bundespolitikern bislang größtenteils abgehe, schein sich langsam durchzusetzen bei denen, die Politik mitten im Leben machen und Realitäten auch wahrnehmen, lobte Memisoglu die Entwicklung in Frankfurt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte verlangt eine konzertierte Aktion aller Bürgermeister Hessens und der kommunalen Spitzenverbände, damit endlich die Voraussetzungen geschaffen werden, die zu einem neuen Kommunalwahlrecht führen. Der Bundesgesetzgeber, so der agah-Vorsitzende Memisoglu, müsse unter Druck gesetzt werden. Eine solche Initiative aus Hessen wäre ein Meilenstein einer zukunftsweisenden und auch für Deutschland ökonomisch notwendigen, neuen Einwanderungsdebatte.